

PRESSEMITTEILUNG 74 – 29.04.2025

Martin Habersaat

Es geht bergab mit der Unterrichtsversorgung**Zur Veröffentlichung der Unterrichtsversorgung für das Schuljahr 2025/26 sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:**

„Es ist falsch, in Zeiten steigender Schülerzahlen Lehrerstellen zu streichen. Und es ist eine bildungspolitische Katastrophe, in Zeiten steigenden Unterrichtsausfalls die Unterrichtsversorgung zu reduzieren. Dabei trifft es mit den DaZ-Klassen und den Gemeinschaftsschulen an zwei Stellen vor allem die Schülerinnen und Schüler, die eine besondere Unterstützung benötigen.“

Für die Messzahl der Unterrichtsversorgung wird geguckt, welche Stunden die Schulen geben müssen und welche Bedarfe z.B. für Schulleitung etc. es gibt. Dem wird gegenübergestellt, wie viele Stellen den Schulen dafür zur Verfügung gestellt werden. Sind beide Zahlen deckungsgleich, spricht das Ministerium von 100 Prozent Unterrichtsversorgung. Wohlgemerkt: Auch unbesetzte oder mit krankheitsbedingt ausfallenden Lehrkräften besetzte Stellen tragen zur Unterrichtsversorgung bei. Eigentlich sähe es mit der Unterrichtsversorgung noch schlechter aus, wenn die Regierung nicht auch an der Zielgröße herumschrauben würde, also an der Menge der Stunden, die die Schulen geben sollen. An Gymnasien und vor allem an Gemeinschaftsschulen wird die Zahl der zu unterrichtenden Stunden reduziert. Das neue Pflichtfach Informatik wird ohne zusätzliche Ressourcen eingeführt, die Schulen sollen die benötigten Stunden von den anderen Fächern holen.

Angesichts der vollmundigen Ankündigung der Günther-Regierung von 2018, dass man langfristig eine Unterrichtsversorgung von 105 oder 110 Prozent im Land erreichen wolle, gleicht ein Loblied auf 102 Prozent Unterrichtsversorgung bei den Grundschulen einem Eingeständnis des eigenen politischen Versagens. Wenn man verschiedene Schularten vergleicht, ist die Unterrichtsversorgung natürlich in einer Schulart immer am größten, also besser als an den anderen Schularten. Die vom Bildungsministerium für seine Pressemitteilung gewählte Überschrift macht deutlich, dass in der Bildungspolitik der Günther-Regierung schon lange keine tatsächlichen Erfolge mehr zu feiern sind. Die Grundschulen in Schleswig-Holstein haben in der Realität ein großes Problem: 17,3 Prozent der Lehrkräfte an unseren Grundschulen sind gar keine fertig ausgebildeten Lehrkräfte. Es geht bergab und die Günther-Regierung muss den Wechsel an der Spitze des Bildungsministeriums zum Anlass nehmen, sich der tatsächlichen Lage an den Schulen endlich zu stellen!“